

Blücher als Marshallplan-Minister und Parteivorsitzender – Mitstreiter für eine liberale Wirtschaftsordnung

»Liberalismus war und ist mir innere Forderung.«

Franz Blücher¹

I.

Die Stabübergabe im Vorsitz der FDP von Theodor Heuss zu Franz Blücher (1896-1959), durch die Wahl Heuss' am 12. September 1949 zum ersten Bundespräsidenten der jungen Bundesrepublik erforderlich geworden, verlief ohne besonderes Aufsehen in Presse und Öffentlichkeit. Es genügte offensichtlich ein kurzes Schreiben Heuss' an seinen Nachfolger: »Ich glaube, dass es notwendig ist, Ihnen gegenüber in einem formalen Akt, den dieser Brief darzustellen hat, die Niederlegung des ersten Vorsitzes in der Freien Demokratischen Partei Deutschlands auszusprechen. Ich bin nicht der Meinung, dass daraus eine Zeitungsnotiz gemacht werden soll, aber der Akt soll geschehen sein, falls irgendjemand in der Öffentlichkeit die Frage aufwirft.«² Franz Blücher – bisher sein Stellvertreter und ehemaliger Vorsitzender der FDP in der britischen Zone – wurde ohne einen erneuten Wahlgang oder größere parteiinterne Personaldiskussionen geschäftsführend mit dem höchsten Parteiamt betraut.³ Ein unbeschriebenes Blatt, gar ein Nobody war Franz Blücher daher für seine Partei nicht. Ein Dreivierteljahr vor seinem Amtsantritt als Parteivorsitzender hatte er sich auf dem Heppenheimer Gründungsparteitag der Freien Demokraten im Dezember 1948 bei der Wahl für den Stellvertreterposten von Theodor Heuss eindrucksvoll behauptet. Mit 81 Delegiertenstimmen erzielte er gegenüber Heuss, der bei seiner Wahl zum Parteivorsitzenden 72 Stimmen auf sich vereinigte, sogar ein etwas besseres Ergebnis. Symptomatisch für ihren unterschiedlichen Politikstil hatte Heuss weniger den Zusammenschluss der Zonenparteien mit ihren unterschiedlichen Liberalismusströmungen in den Blick genommen und programmatische Forderungen erhoben als viel-

1 Franz Blücher, Lebenslauf (autobiographisch), Bundesarchiv Koblenz, NL Blücher (im folgenden: BArch), N 1080, 75, Bl. 3.

2 Schreiben Theodor Heuss an Franz Blücher, 21.9.1949, BArch, NL Heuss, N 1221, 63.

3 Eine endgültige Parteisatzung wurde erst auf dem Wiesbadener Parteitag im März 1954 verabschiedet. Auf dem Düsseldorfer Parteitag 1950 wurde er ohne Gegenkandidaten im Amt bestätigt.

mehr seinem Habitus entsprechend über sein demokratisch-liberales Politikverständnis gesprochen. Neben dem Referat von Hermann Höpker Aschoff über den Parlamentarischen Rat referierte Blücher über den neuen marktwirtschaftlichen Wirtschaftskurs seit der Währungsreform und speziell über seine Parteiarbeit im Frankfurter Wirtschaftsrat.⁴

In einer ähnlichen personalpolitischen Konstellation war bereits im Mai 1946 der FDP-Parteivorsitz in der britischen Zone auf Blücher zugekommen. Als der bisherige, auf der Opladener Gründungsversammlung gewählte Parteiführer Wilhelm Heile, in Jugendjahren ein Mitarbeiter von Friedrich Naumann, von den führenden Liberalen seiner Partei auf das Amt des Parteipräsidenten abgeschoben wurde, designierte der Vorstand Franz Blücher kurzerhand zum neuen Parteivorsitzenden, im Mai 1946 wählte man ihn ohne Gegenkandidaten auf dem Bad Pyrmonter Parteitag.⁵ Heile war bei der Parteispitze nicht zuletzt aufgrund seiner eigenmächtigen Initiativen zur Parteienfusion der Liberalen mit der CDU wie auch der rechtskonservativen Niedersächsischen Landespartei in Misskredit geraten. Gleichsam im Nachrückverfahren betrauten die Freien Demokraten Blücher zweimal – 1946 und 1949 – mit der Parteiführung. Insgesamt weist Blücher eine fast vierjährige Amtszeit als FDP-Vorsitzender auf; diese dauerte so lange wie die von Theodor Heuss und Thomas Dehler zusammen. Dieser Umstand steht in einem diametralen Gegensatz zu seinem heutigen Bekanntheitsgrad.

Überhaupt galten bereits den Zeitgenossen der frühen Nachkriegszeit Theodor Heuss, südwestdeutsches Urgestein eines Liberalen, und der wortmächtige, häufig umstrittene Franke Thomas Dehler als die weitaus bekannteren Repräsentanten der FDP. Mit dem Namen des früheren Bankdirektors aus Essen Franz Blücher, immerhin Marshallplanminister und Vizekanzler in den ersten beiden Adenauer-Kabinetten, wurde und wird wenig assoziiert. Er wirkte unscheinbar, schatthaft hinter dem Bundeskanzler. Er galt schon damals nicht nur in seiner eigenen Partei als singulärer Charakter, eine einhellige Einschätzung von Person und Amt fiel schwer; als einer, »der was von Finanzen verstand«, wie gelegentlich kolportiert wurde.⁶ Das äußere Erscheinungsbild zeigte einen stets elegant gekleideten Mann von fast 2m Größe mit sehr gepflegten Umgangsformen, bisweilen von den Journalisten »Eden von Bonn«⁷ genannt. »Primus in Adenauers humanistischem Gymnasium« lautete

4 Vgl. Notizen aus seiner Rede vom 11.12.1948, Archiv des Liberalismus Gummersbach (im folgenden: ADL), Erika Fischer, N 14-15, Bl. 1-4.

5 Wilhelm Heile (1881-1969), liberaler Politiker und Publizist, vgl. Theodor Heuss: Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945-1949, Theodor Heuss-Stuttgarter Ausgabe hrsg. v. Ernst W. Becker, München 2007, S. 274f.

6 Porträtskizze von Waldemar Lentz, vom 11.11.1957 für die Zeitschrift »Europa!« in: BArch, N 1080, 75, Bl. 165.

7 BArch, N 1080, 75, Bl. 164, u.a. auch: »Wirbel um den ›Eden von Bonn‹«, Weser-Kurier Bremen vom 11.3.1955.

ein anderes zeitgenössisches Bonmot.⁸ Engste Mitarbeiter seines Ministeriums charakterisierten ihn im Rückblick mit den Worten: »Mich bestach die Schärfe seines analytischen Verstandes, sein ungewöhnliches Gedächtnis, seine konstruktive Kombinationsgabe und das, was wir seine ›Antenne‹ für Strömungen und Stimmungen, Atmosphäre und Tendenzen nannten.«⁹ – »Zu jener Zeit war ich oft enttäuscht, weil Blücher sich nicht immer zum Handeln entschließen konnte, wenn ich das von ihm erhofft hatte. Bei all seiner Intelligenz fehlte Blücher in entscheidenden Stunden die Entschlusskraft.«¹⁰ Selbst Adenauers Wertschätzung im Schriftwechsel mit seinem Vizekanzler fiel mitunter recht unterschiedlich aus. So konnte er ihn grob tadeln, dass Blücher Zweifel an seiner außenpolitischen Kompetenz haben musste: »Ich bin überzeugt, dass Sie sicher das beste gewollt haben, aber wenn ich Ihren Brief lese, so möchte ich fast annehmen, dass damit das Ende jeder Außenpolitik herbeigeführt ist ... Die außenpolitische Zukunft Deutschlands ist damit völlig in Frage gestellt.«¹¹ Demgegenüber konnte er ebenso liebenswürdig auf seinen Koalitionspartner eingehen: »Der Dank erstreckt sich nicht nur auf das schöne Geburtstagsgeschenk, sondern in erster Linie auf die Worte, mit denen Sie die Übergabe begleitet haben. Es ist mir sehr wertvoll, meine engeren Kollegen so an meiner Seite zu wissen.«¹² Adenauers »Erinnerungen« enthalten insgesamt nur spärliche Bemerkungen über ihn.¹³

Mit seiner Person wird häufig die Aussage verbunden, dass er »kaum Spuren hinterlassen habe.«¹⁴ Die vorliegende Untersuchung befasst sich mit Blüchers Engagement beim frühen Aufstieg der Bundesrepublik und fragt nach den Gründen, weshalb ihm der nachhaltige persönliche Erfolg versagt blieb.

Aufgewachsen in einer katholischen Bergarbeiterfamilie im Ruhrgebiet, Kriegsteilnehmer im Ersten Weltkrieg – ein angefangenes Studium der Staatswissenschaften und der Geschichte konnte aus finanziellen Gründen nicht fortgesetzt werden –, arbeitete Franz Blücher in den dreißiger Jahren in seiner Heimatstadt Essen bei der gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaft

8 Walter Henkels: Zeitgenossen. Fünfzig Bonner Köpfe, Hamburg 1953, S. 55.

9 Karl Albrecht: Das Menschliche hinter dem Wunder. 25 Jahre Mitwirkung am deutschen Wiederaufbau, Düsseldorf/Wien 1970, S. 122.

10 Georg Vogel: Diplomat unter Hitler und Adenauer, Düsseldorf/Wien 1969, S. 173.

11 Antwortschreiben Adenauers vom 6.5.1952 auf Blüchers Brief vom selben Tag, in dem dieser die Bindungsklausel (Art. 7 Abs. 3) des Deutschlandvertrages kritisierte, in: Adenauer Briefe 1951-1953. Rhöndorfer Ausgabe hrsg. v. Hans Peter Mensing, Berlin 1987, S. 212f. Ein Abdruck dieses Briefes findet sich auch in: Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945-1953, Stuttgart 1965, S. 528f.

12 Im Namen der Bundeskabinetts gratulierte Blücher zum 78. Geburtstag am 5.1.1954, in: Adenauer Briefe 1953-1955. Rhöndorfer Ausgabe hrsg. v. H. P. Mensing, Berlin 1995, S. 71.

13 Konrad Adenauer: Erinnerungen, Bd. I-IV, Stuttgart 1965-1968.

14 Dirk van Laak: Franz Blücher (1896-1959), in: Deutsche Politiker 1949-1969 hrsg. v. Torsten Oppelland, Darmstadt 1999, S. 117.

GAGFAH, seit 1938 bei der Essener Nationalbank AG, zunächst als Prokurst, später als ihr Direktor. Der berufliche Werdegang beförderte offenkundig seine profunden Kenntnisse auf dem Gebiet der Nationalökonomie, speziell im Bereich der Geld- und Kreditwirtschaft. Im Jahr 1954 porträtierte die »fdk« den Lebenslauf Blüchers in ihrer Artikelserie »Menschen im Zeitgeschehen«: »In einem Rückblick auf die 18 Jahre Wirtschaftsleben und die 7 Jahre leitender Tätigkeit im Bankwesen bemerkt Blücher, er habe damals nicht nur wirtschaftliche Kenntnisse in aller Breite und Tiefe erworben, sondern auch unmittelbare Verbindung mit dem Leben unserer Städte, Einblick in die Verflochtenheit der Kommunalpolitik und insbesondere Kenntnisse auf dem Gebiet der Stadtplanung, der Grundstückswirtschaft und der Baufinanzierung gewonnen. Das Wissen um die wirtschaftlichen Zusammenhänge ermöglicht es heute dem Vizekanzler, im so genannten »Kleinen Kabinett«¹⁵ um die reibungslose Zusammenarbeit der Wirtschafts- und Finanzressorts der Adenauer-Regierung bemüht zu sein.«¹⁶

In den »Weimarer« Jahren war er parteipolitisch nicht hervorgetreten.¹⁷ Im Gegensatz zur Mehrzahl seiner Parteikollegen konnte er daher nach 1945 nicht auf eine liberale Parteikarriere zurückblicken. In den 50er Jahren bekannte er, dass er seit 1930 die Zentrumspartei wählte. Er habe, »um eine einheitliche politische Gestaltung zu ermöglichen, Stimmabgabe bei den Wahlen für Brüning«¹⁸ geleistet. Auch in den nachfolgenden Jahren der NS-Diktatur trat er politisch nicht in Erscheinung, setzte sich aber als Bankdirektor kritisch mit der nationalsozialistischen Finanzpolitik auseinander.¹⁹ »Mein Entschluss, auf jeden Fall nach Beendigung der Hitler-Zeit den Versuch zu unternehmen, im kleinen Kreise mit einer politischen Aufbauarbeit zu beginnen, wurde endgültig am 20. Juli 1932, als der grobe Verfassungsbruch von Papens gegenüber der Preußischen Staatsregierung von damals durchgeführt wurde.«²⁰

Direkt nach Kriegsende war er Mitglied im Essener Bürgerausschuss. Weshalb er sich in den folgenden Monaten dem Essener Gründungszirkel der Liberaldemokraten anschloss und nicht etwa den Christdemokraten, wie sein katholisches Elternhaus vermuten ließ, beantwortete er mit der möglichen Gefahr einer mangelnden Toleranz in dieser Partei gegenüber Andersdenkenden. Den christlich-ethischen Anspruch als Richtschnur für eine Partei hielt er schlichtweg für vermesssen.²¹

15 Hier angesprochen: Kabinettausschuss für Wirtschaft. Blücher führte de facto den Vorsitz in diesem Ausschuss von 1951 bis 1957.

16 Freie Demokratische Korrespondenz vom 2.2.1954, BArch, N 1080, 75, Bl. 147.

17 Friedrich Henning: Das Portrait: Franz Blücher, in: Geschichte im Westen, 11 (1996), S. 216-223. Vor 1933 soll Blücher Mitglied der DVP gewesen sein, ebd., S. 216, Anm. 1.

18 Stichworte für den Lebenslauf, BArch, N 1080, 75, Bl. 25.

19 F. Henning, Das Portrait (wie Anm. 17), S. 216.

20 BArch, N 1080, 75, Bl. 4.

21 ebd., Bl. 25.

Der Aufruf der Essener Liberalen zur Parteineugründung vom November 1945 weist die Handschrift Blüchers in seinen zentralen Aussagen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik auf, denn auf zahlreichen Kundgebungen im Ruhrgebiet kreisten seine Ansprachen immer wieder um diese Kernaussagen. Die zentrale Botschaft lautete: »Die Wirtschaft ist für den Menschen da und nicht der Mensch für die Wirtschaft. Sie muss ihm die freie Entfaltung seiner Kräfte auf der Grundlage einer gesicherten Existenz gestatten.«²²

Weitsichtig – angesichts der verheerenden Kriegszerstörungen – heißt es weiter im Aufruf, dass die Nationalwirtschaften keine Zukunft mehr hätten, die großen Wirtschaftsprobleme nur weltumspannend lösbar seien. »Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Zeit sind in Wahrheit Gemeinschaftsprobleme der ganzen Welt und können nur durch Zusammenarbeit aller Völker gelöst werden.«²³ Grundpfeiler liberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik wie »Wettbewerbsfähigkeit« und »Leistungsfähigkeit« werden bereits hier festgelegt. »Die private Initiative und der Wettbewerb steigern die wirtschaftliche Leistung. Sie bedürfen daher der freien Auswirkung. Die Rücksicht auf das Gemeinwohl bestimmt ihre Grenzen. Diese soll das Gesetz ziehen.«²⁴ Blüchers Liberalismusverständnis geht zunächst von einem untrennbaren Zusammenhang von Freiheit und Sittlichkeit aus. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik vertritt er einen neoliberalen Kurs, ohne sich explizit mit den zeitgenössischen nationalökonomischen Theorien auseinanderzusetzen. Möglichst frei von staatlichen Interventionen werde eine prosperierende Wirtschaft dadurch gewährleistet, dass der Staat dem Einzelnen ein Höchstmaß an Leistungsfähigkeit ermögliche, was wiederum letztlich dem Gesamtwohl zugute komme. Eine solide Sozialpolitik könne nur das Resultat einer wachstumssteigernden Wirtschaft sein. Ohne dass er den von Alfred Müller-Armack im November 1948²⁵ in die Diskussion gebrachten Begriff »soziale Marktwirtschaft« verwendete, ist hier eine inhaltliche Übereinstimmung erkennbar.

In der ersten Hälfte des Jahres 1946 vollzieht der Fünfzigjährige eine mit Konrad Adenauer vergleichbare »Blitzkarriere«²⁶, wie sie vor allem unter den spezifischen Bedingungen der frühen Nachkriegszeit möglich war. Stationen

22 Gründungsauftruf der Essener Liberalen, in: Politischer Liberalismus in der britischen Besatzungszone 1946-1948. Führungsorgane und Politik der FDP bearb. v. Lothar Albertin u. Hans F.W. Gringmuth, Düsseldorf 1995, S. 12f.

23 ebd.

24 ebd., S. 13.

25 Alfred Müller-Armack: Die Wirtschaftsordnung sozial gesehen, in: Ordo, Nr. 1, 1948, S. 125-154, vgl. Theo Rütten: Deutschland- und Gesellschaftspolitik der ost- und westdeutschen Liberalen in der Entstehungsphase der beiden deutschen Staaten, Diss., Bonn 1984, S. 307ff.

26 Vgl. Rudolf Morsey: Der politische Aufstieg Konrad Adenauers 1945-1949, in: Konrad Adenauer. Seine Deutschland- und Außenpolitik 1945-1963 hrsg. v. Klaus Gotto u.a., München 1975, S. 45.

seines rasanten Aufstiegs führten ihn seit der Opladener Gründungskonferenz, Anfang Januar 1946, vom FDP-Vorstandsmitglied, im März zum FDP-Vertreter im Zonenbeirat und im Mai 1946 zum Parteivorsitzenden der Freien Demokraten in der britischen Zone. Im Zonenbeirat saß er neben Wilhelm Heile mit Kurt Schumacher und Konrad Adenauer, den Vorsitzenden der beiden mitgliederstärksten Parteien der britischen Besatzungszone, an einem Tisch. In der zweiten Jahreshälfte, im August, holte ihn der von den Besatzungsbehörden ernannte Ministerpräsident Rudolf Amelunxen als Finanzminister ins erste Kabinett des Landes Nordrhein-Westfalen; im Oktober zog er als Abgeordneter in den delegierten Landtag ein. Das Amt des Finanzministers musste Blücher jedoch nach knapp einem Jahr wieder abgeben, da er im Juni 1947 den Fraktionsvorsitz der FDP im Frankfurter Wirtschaftsrat übernahm.

Programmatisches Profil der Zonenpartei versuchte er primär über die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu entwickeln. Niedergelegt wurden die Leitlinien dafür im sogenannten »Wangerooger Programm«²⁷ vom Januar 1948, Resultat einer mehrtägigen Klausurtagung des Parteivorstandes auf der Nordseeinsel. Blücher erhoffte sich hiervon, »Beschlüsse zu fassen, die die bedeutendsten seit der Gründung der Partei sein würden«.²⁸ Gleichsam als Präambel »Die Freiheit ist unteilbar!« sollten unter diesem Grundsatz ihre gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Konzeptionen subsumiert werden. Forderungen zur Überführung von Großindustrien oder dem Bergbau in gemeinwirtschaftliche oder staatliche Unternehmen, wie sie zunächst letztlich von allen Parteien direkt nach Kriegsende gefordert wurden, erteilten sie explizit eine Absage, da sie »mit dem demokratischen Grundrecht des Staatsbürgers unvereinbar« seien. Die Wirtschaft könne nur dann der »freien Entscheidung des Verbrauchers« entsprechen, »wenn sie sich den Gesetzen des Marktes und des Wettbewerbs unterwirft«.²⁹

Anstelle der von den britischen Militärbehörden durchweg zentral gelenkten Wirtschaftsordnung wurde die »Selbstverwaltung« der Wirtschaft gefordert. »Als oberste Organe der wirtschaftlichen Selbstverwaltung zur Vorbereitung gesetzgeberischer Maßnahmen auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik und zur Durchführung wirtschaftspolitischer Ordnungsmaßnahmen werden Wirtschaftskammern gebildet, und zwar für das deutsche Staatsgebiet eine Reichswirtschaftskammer, am Sitze jeder Landesregierung eine Landeswirtschaftskammer«.³⁰ Als originär freidemokratisches Wirtschaftsmodell sollten diese Wirtschaftskammern als »Anstalten des öffentlichen Rechts« mit paritätischer

27 »Wangerooger Programm«, ADL, Bestand Liberale Parteien bis zur Gründung der FDP, Signatur 2; archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-190.

28 L. Albertin, H. Gringmuth, Politischer Liberalismus (wie Anm. 22), S. 248.

29 ebd., S. 266ff.

30 ebd., S. 268.

Besetzung von Unternehmern und Arbeitnehmern eingerichtet werden mit ihrer vornehmsten Aufgabe, Sorge für den »Ausgleich wirtschaftlicher und sozialer Gegensätze« zu tragen. Als Steuerungsinstrument für die Wirtschaft umfasste das Aufgabenspektrum im Einzelnen: Abstimmungen über die Lohnpolitik, die Verhinderung von Monopolbildungen ebenso wie eine »selbstverantwortliche Preisentwicklung« bei Abbau der staatlichen Preisbehörden. Auf der Agenda befanden sich weiterhin die Neuordnung des Steuersystems und des Außenhandels sowie eine Stabilisierung der Währung durch gesetzliche Garantien.

Waren Forderungen dieser Art weit entfernt von der besatzungspolitischen Realität angesiedelt, konnte Blücher den Wirtschaftskurs der Bizone zwei Monate später an einem anderen Schauplatz wesentlich stärker beeinflussen. Am 2.3.1948 stand in Frankfurt im Zweizonen-Wirtschaftsrat nach Absetzung von Johannes Semler³¹ die Nachwahl für den Posten des Verwaltungsdirektors für Wirtschaft an. Franz Blücher gehörte diesem Gremium als Fraktionsführer der FDP – seit Oktober 1948 der Gemeinschaftsfraktion von FDP und Deutscher Partei³² – von Anbeginn an. Die genauen Umstände, die zur Wahl des parteilosen Wirtschaftstheoretikers Ludwig Erhard aus Fürth führten, sind nicht exakt rekonstruierbar. Einerseits soll der hessische FDP-Politiker Victor-Emanuel Preusker in einem internen Gesprächskreis von CDU/CSU- und FDP-Abgeordneten Erhard ins Spiel gebracht haben.³³ Andererseits waren, nach der Erinnerung des Ökonomen Matthias Schmitt,³⁴ Franz Blücher und er selbst durch eine Zeitungsnachricht auf den von der amerikanischen Besatzungsbehörde abgesetzten bayerischen Wirtschaftsminister aufmerksam geworden. Aus diesem Artikel ging hervor, dass Erhard in Bayern »die ›Bewirtschaftung‹ in dieser Notzeit so durcheinander gebracht hatte, dass das einfach zu einem Chaos führte«. Dies sei für beide der Anlass gewesen, mit Erhard Kontakt aufzunehmen und mit ihm ins Gespräch zu kommen.³⁵ Im Rückblick auf die Sitzung mit der Wahl Erhards zum Verwaltungsdirektor schrieb Blücher am 14.9.1948 seinen Parteifreunden: »Damals strebte die CDU mit allen Mitteln danach, die Verwaltung für Wirtschaft nicht zu besetzen. Trotz der sehr offenen Sprache des FDP-Vorsitzenden im Wirtschaftsrat

31 Johannes Semler (1898-1973) hatte in seiner sog. »Hühnerfutterrede« Getreidelieferungen aus den USA kritisiert.

32 Die Deutsche Partei bildete zunächst mit der CDU/CSU eine Gemeinschaftsfraktion. Affinitäten zwischen FDP und DP bestanden auch in den Folgejahren. Im Januar 1957 fusionierte die von der FDP abgespaltene Freie Volkspartei mit der DP zu einer einheitlichen Partei.

33 Volkhard Laitenberger: Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker, Berlin 1998, S. 63.

34 Matthias Schmitt, 1949-1957 im Bundeswirtschaftsministerium, Referatsleiter »Wirtschaftspolitische Grundsätze der Außenwirtschaft«.

35 Matthias Schmitt, in: Ludwig Erhard und seine Politik, Symposium XIII, Stuttgart/New York 1985, S. 116.

empfand sie nicht, dass alles darauf ankam, in der Wirtschaft eine klare Entscheidung über einen neuen Weg und gegen die bisherigen Methoden herbeizuführen. Sie scheute auch die Verantwortung. Deswegen bestand sie heftig darauf, die Verwaltung für Wirtschaft nur mit einem reinen Verwaltungsjuristen, Herrn Staatssekretär Dr. Strauß³⁶, zu versehen. Es hat sehr harter und unangenehmer Verhandlungen bedurft, bis die FDP sich durchdrückte und durch sie wurde Prof. Dr. Erhard Direktor der Verwaltung für Wirtschaft.³⁷ Die SPD unter Erwin Schoettle führte die ursprüngliche Kandidatur von Walter Strauß darauf zurück, dass vor der von den Besatzungsmächten angekündigten Währungsreform keine richtungsweisende wirtschaftspolitische Entscheidung mehr getroffen werden sollte.

Im Wirtschaftsrat einen Schwenk des Wirtschaftskurses zu vollziehen, gleichsam das Ruder herumzureißen, hielt Franz Blücher für das zwingende Gebot der Stunde und setzte sich letztlich gegen verschiedenste Widerstände seitens der CDU/CSU durch. Kurz nach der Wahl Erhards kritisierte Blücher in einem Schreiben an Erhard die Entwürfe zum Preisgesetz, die auf der ersten Vollversammlung des seit 24.2.1948 vergrößerten, reformierten zweiten Wirtschaftsrates behandelt werden sollten: »Die volkswirtschaftlichen Einwendungen kennen Sie. Es geht darum, ob wir in diesem Augenblick den bisherigen Weg weitergehen, oder aber den Mut zu einer neuen wirtschaftspolitischen Haltung beweisen wollen. Es fehlt völlig die Begrenzung des Preisbestimmungsrechtes auf bestimmte Fälle, es fehlt sodann die Einschaltung der Selbstverwaltung der Wirtschaft gänzlich ... Hätten wir bereits eine vernünftige und in unserem verfassungsmäßigen Aufbau gut begründete Selbstverwaltungs-Organisation der Wirtschaft, dann ließen sich dieser als unterer Instanz bestimmte Aufgaben übertragen...«³⁸ Mit dramatischen Worten, die den Kurswechsel für die anstehenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen forderten, schrieb Blücher weiter: »Der Retter in der Not könnten nur Sie sein, wenn Sie durch die Tage und Nächte hindurch es fertig brächten, einen radikal geänderten Verwaltungsentwurf vorzulegen oder aber sich zu einem von uns vorgelegten zu bekennen.³⁹

Dass Erhard nicht in die FDP eintrat, hingegen öfters auf CDU-Veranstaltungen sprach, wurde von Blücher registriert, jedoch nicht weiter kritisiert. Hin-

36 Walter Strauß (1900-1976), CDU-Politiker, Mitglied des Direktoriums im Länderrat der amerikanischen Zone, Staatssekretär im Hessischen Staatsministerium, 1949-1963 Staatssekretär im Bundesjustizministerium. Strauß hatte die Amtsgeschäfte von J. Semler interimsistisch fortgesetzt.

37 ADL, NL Dehler, N 1-2942, Handakte Blücher, Kurze Nachrichten, 14.9.1948, »Wohin gehört Prof. Dr. Erhard?«

38 Schreiben Blüchers an Ludwig Erhard (»Lieber Herr Professor!«), 6.3.1948, BArch, N 1080, 93, Bl. 264f.

39 ebd.

gegen umwarb Thomas Dehler mehrfach Ludwig Erhard für eine Parteimitgliedschaft bei den Freien Demokraten.⁴⁰

Auf dem Münchner Bundesparteitag vom September 1951 ließ Blücher im Rückblick noch einmal durchschimmern, dass die Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik im Wirtschaftsrat nicht zuletzt auf ihn zurückging: »Damals – im Februar/März 1948 – habe ich sogar meine Freunde erschreckt, als ich im Wirtschaftsrat in Frankfurt mit Erbitterung erklärte: ›Wir machen nichts mehr mit, wenn nicht ein radikaler Gestaltwandel der deutschen Wirtschaftspolitik im Sinne der Freiheit durchgeführt wird.‹ Und deshalb habe ich in einer wirklich unangenehmen Dauersitzung von einem Tag und zwei Nächten der CDU/CSU das Zugeständnis abgetrotzt, dass sie nicht einen Ihnen allen bekannten Verwaltungsmann und Verwalter des alten Schlendrians in die Verwaltung für Wirtschaft setzten, sondern dass sie den mehr robusten und sicherlich nicht sehr feinnervigen, aber in dem Augenblick sehr notwendigen Erhard holten. Erhard ist auf diese Weise unser geistiges Kind geworden. Kinder machen einem viel Freude, aber nicht immer!«⁴¹

Die Währungsreform vom Juni 1948 war die letzte gravierende Maßnahme der bizonalen Militärbehörde zur Herbeiführung einer neuen Wirtschaftsordnung in den Westzonen. Gegen die dort von den Sozialdemokraten vertretene Wirtschaftspolitik, die eine Sozialisierung der Schlüsselindustrien und planwirtschaftliche Elemente in ihrem Wirtschaftsprogramm vertrat, unterstützte Blücher Erhard mit seinem »Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform« vom 17./18.6.1948 zur Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung und seinen durchgreifenden Liberalisierungsmaßnahmen. Von CDU/CSU, FDP und DP wurden im Wirtschaftsrat eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, die deutlich die Handschrift von Erhard und Blücher trugen, so vor allem beim Preisgesetz, Lastenausgleichsgesetz und beim Steueränderungsgesetz. Gerade beim Lastenausgleichsgesetz plädierte Blücher für eine individuelle, jedem Einzelnen möglichst adäquate Entschädigung, während die sozialdemokratische Fraktion im Wirtschaftsrat auf einer kollektivistischen Lösung beharrte. Den Lastenausgleich stellte er in direkten Zusammenhang zum bestehenden Steuersystem, was seiner Auffassung nach der dringenden Änderung bedurfte. Je höher die zusätzliche Belastung, desto geringer werde demgegenüber das Steueraufkommen sein. Seinen Parteifreunden in der britischen Zone schrieb er am 27.7.1948, »dass das oberste Gesetz die Erhaltung der Ertrags- und damit der Steuer-Lei-

40 Hierzu ausführlich: Anette Koch-Wegner: Ein schwieriges Verhältnis – Ludwig Erhard, Thomas Dehler und die FDP 1945-1967, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, 18 (2006), S. 255-270.

41 Blücher in seiner Rede auf dem 4. Bundesparteitag der FDP in München 22./23.9.1951, BArch, N 1080, 165, Bl. 181.

stungsfähigkeit der Wirtschaft sein müsse«.⁴² Nach Art. 127 des GG konnte das Recht der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes als Bundesrecht fortbestehen. Der Zusammenarbeit von Blücher und Erhard kommt daher eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Gründung der Bundesrepublik zu.⁴³

Für den Bundestagswahlkampf 1949 hatten FDP und CDU gewisse Absprachen bei der Kandidatenaufstellung u. a. für die Wahlkreise Stuttgart und Ulm getroffen, in denen Heuss und Erhard, der für die CDU kandidierte, antreten wollten. Auch wenn es der FDP nicht gelang, Erhard für ihre Partei zu gewinnen, unterstützten sie dennoch vorbehaltlos sein marktwirtschaftliches Konzept. Kurz vor der Bundestagswahl schrieb Blüchers Sekretärin Erika Fischer am 23.7.1949 in seinem Auftrag an Erhard, dass zwischen beiden »die gleiche Handhabung wie zwischen Herrn Prof. Heuss und Ihnen durchgeführt werden soll. Herr Blücher wird in seinen Reden deshalb auf keinen Fall verfeheln, wie das selbstverständlich ist, auf die Gleichrichtung zwischen Ihnen und seiner Anschauung in der Wirtschaftspolitik und der bisher geleisteten Arbeit auf diesem Gebiete hinzuweisen.«⁴⁴

Im Wahlkampf zum ersten Bundestag war der SPD die geschlossene Front in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen CDU/CSU und FDP mehr als suspekt. Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Erik Nölting erklärte mit der ihm eigenen deftigen Bildersprache, dass Blücher mit der CDU und Erhard eine »Ehe zu dritt« eingegangen war. Blücher sei »der betrogene Liebhaber«, ein »im Hause des jungen Paars gern gesehener Hausfreund«.⁴⁵ Dass Erhard trotz seiner wirtschaftsliberalen Forderungen, wie sie die FDP ohne weiteres unterstützte, für die CDU und nicht für die Freien Demokraten in den Wahlkampf zog, sollte den Freien Demokraten offensichtlich nachteilig ausgelegt werden.

Unter dem Titel »Die Freiheit richtig nützen« prognostizierte Blücher bereits im August 1948 in einem Artikel für die Nürnberger FDP-Mitteilungen sehr treffend und weitsichtig die künftige Verflechtung deutscher Wirtschafts- und Handelspolitik im internationalen Maßstab: »Was die Wirtschaft betrifft, so ist es sinnlos, wenn wir glauben, uns in der heutigen Zeit im alten Europa noch in gegeneinander abgeschlossenen Nationalwirtschaften bewegen zu können. Da wir wissen, dass wir zum Wirtschaften in größerem Raume kommen müssen, deswegen muss es trotz aller Schwierigkeiten die Aufgabe der Verwal-

42 Zum Lastenausgleich, Schreiben an die Parteimitglieder vom 27.7.1948 in: BArch, N 1080, 156, Bl. 159.

43 Zu dieser Einschätzung kommt auch Franz Walter: »Bankdirektor und liberaler Vizekanzler«, in: www.Spiegel-online.de vom 30.6.2007.

44 BArch, N 1080, 93, Bl. 255.

45 Erik Nölting (1892-1953), Wirtschaftsminister (SPD) in NRW von 1946-1950. H. Linhardt aus Münster machte Blücher auf diese Wahlkampfrede E. Nöltlings vom 9.8.1949 in Münster aufmerksam, ADL, A 3-36, Bl. 68-71.

tung für Wirtschaft auch jetzt schon sein, die Stellung, die Möglichkeit und die Aufgabe der deutschen Wirtschaft in einem größerem Raum zu planen in der Annahme, dass es allmählich auch in der Welt Kräfte der Vernunft sind, die sich durchsetzen. Denn jedes Investitionsprogramm, also jedes Programm auf lange Sicht, jede wirtschaftliche Förderung, jede Feststellung des Ranges der einzelnen wirtschaftlichen Aufgaben ist letzten Endes erst dann möglich, wenn wir wissen, welchen Raum in einer größeren europäischen Gesamtwirtschaft die deutsche Wirtschaft haben kann.«⁴⁶ Dass er sich zu diesem frühen Zeitpunkt bereits intensiv mit Fragen der künftigen weltwirtschaftlichen Entwicklung befasste, resultierte nicht zuletzt aus seiner Beschäftigung mit wirtschaftswissenschaftlichen Publikationen, die ihm sein Freund Wolfgang Glaesser,⁴⁷ der während der NS-Zeit in die Schweiz emigriert war und zur »Arbeitsgemeinschaft Demokratisches Deutschland in der Schweiz« gehörte, zusandte. Einer dieser Autoren war Wilhelm Röpke.⁴⁸ Da sich auch Erhard mit dessen Werken intensiv befasst hatte, können Röpkes Schriften gleichsam als gemeinsamer Nenner von Erhard und Blücher gesehen werden.

II.

Im September 1949 hielt Franz Blücher als zweiter Mann hinter Theodor Heuss bereits in den Wochen vor Konstituierung der Bundesrepublik innerparteilich die Zügel fest in der Hand. Hinter den Kulissen hatte er umtriebig bei mehreren Treffen mit den führenden CDU/CSU- und DP-Vertretern an Konsultationen über das Ergebnis der ersten Bundestagswahl und an Planspielen einer Regierungsbeteiligung mitgewirkt. Blücher übernahm hier unversehens – in Abstimmung mit Heuss – die Rolle des Verhandlungsführers der Liberalen, während sich Heuss zur Erholung von den Strapazen des Bundestagswahlkampfes zur Kur auf die Bühlerhöhe bei Baden-Baden begeben hatte. Im Bundestagswahlkampf trug Blücher seine wirtschaftsliberalen Grundsätze mit einer Vehemenz wie kaum ein anderer seiner Partei vor und plädierte eindringlich dafür, dass eine große Koalition mit der Sozialdemokratie kategorisch abzulehnen sei.⁴⁹ Den CDU-Verhandlungsführer Konrad Adenauer kannte er bereits vom Zonenbeirat der britischen Zone. Die Vor-

46 Franz Blücher: Die neue Freiheit richtig nützen, in: Mitteilungen der FDP, 3. Jg., Nürnberg, August 1948, BArch, N 1080, 156, Bl. 183.

47 Wolfgang Glaesser (1908-1973), seit 1950 im Bundespresseamt, ab 1951 Abteilungsleiter Inland, bis 1951 im FDP-Bundesvorstand.

48 Wilhelm Röpke (1899-1966), Wirtschaftswissenschaftler (u.a. »Die Lehre von der Wirtschaft«, Bern 1937), gilt als einer der theoretischen Wegbereiter der sozialen Marktwirtschaft.

49 Theodor Heuss hatte die Koalitionsfrage offen gehalten, Thomas Dehler sich zeitweise für eine Koalition mit der SPD ausgesprochen.

aussetzung für ein Zusammengehen mit der CDU – eine ähnliche Koalition gab es bereits im Frankfurter Wirtschaftsrat – bestand für den liberalen Verhandlungsführer vor allem in der grundlegenden Übereinstimmung in wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen. Die neue Richtung in der Wirtschaftspolitik, wie sie Ludwig Erhard im Frankfurter Wirtschaftsrat seit einem Jahr trotz heftigster Widerstände der Opposition durchgesetzt hatte, sollte nach Adenauers und Blüchers Überzeugung fortgesetzt werden. Rückblickend auf die Koalitionsverhandlungen resümierte Adenauer vor dem Fraktionsvorstand von CDU/CSU am 31.8.1949: »Wir waren uns alle darüber einig, dass wir dazu berufen seien, eine außerordentlich soziale Politik zu treiben. Es ist deswegen für uns sehr wichtig, ob wir eine soziale Politik betreiben können mit der FDP und der Deutschen Partei. Ich habe darüber mit Herrn Blücher ausgiebig gesprochen ... Herr Blücher ist sozial ein sehr aufgeschlossener Mann. Das ergibt sich aus seinem ganzen Werdegang. Er war Leiter von gemeinnützigen Baugenossenschaften und ist ein absolut sozial eingestellter Mann. Selbstverständlich muss man sich darüber klar sein, dass in der FDP auch Kräfte sind, die – nun ich will mich mal so ausdrücken – stark unternehmerische Tendenzen haben, aber auch diese Elemente in der Demokratischen Partei sind nach meiner Auffassung sich über eines vollständig klar: Wenn wir zu einer Koalition mit der FDP und der DP kommen und wenn wir dann nicht in den nächsten vier Jahren auch auf sozialem Gebiete etwas ganz Außerordentliches leisten, dann wird nach vier Jahren die Sozialdemokratie an die Macht kommen.«⁵⁰ Der rasche Konsens zwischen Adenauer und Blücher, Erhard das Bundeswirtschaftsministerium zu übertragen, veranlasste diesen nun im Gegenzug, sich für seinen Mitstreiter Blücher einzusetzen. So reibungslos wie die Besetzung des Wirtschaftsressorts erfolgte, verhärteten sich andererseits die Fronten zwischen den Unionsparteien und der FDP, wer künftig das Finanzministerium übernehmen sollte. Blücher konnte auf seine langjährigen beruflichen Erfahrungen im Bank- und Kreditwesen und auf seine Tätigkeit als Finanzminister in den Jahren 1946/47 in NRW verweisen. Von den Freien Demokraten wurde ebenfalls Hermann Höpker Aschoff ins Rennen geschickt, der sich bei der Ausgestaltung der Bund-Länder-Finanzgesetzgebung im Parlamentarischen Rat den Ruf eines kompetenten Finanzsachverständigen erworben hatte. Nach längerem Tauziehen zwischen den Unionsparteien und der FDP erhielt letztlich Fritz Schäffer von der CSU den Zuschlag, gleichsam als Kompensation dafür, dass die Wahl von Ministerpräsident Hans Ehard zum Bundesratspräsidenten fehlgeschlagen war. Im Bundesvorstand bekannte Blücher einige Zeit später, dass er letztlich froh sei, doch nicht Finanzminister geworden zu sein, da sich bei

50 Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949. Bearb. von Udo Wengst, Düsseldorf 1985, S. 96.

leeren Kassen kaum politischer Handlungsspielraum ergebe.⁵¹ Um die FDP entsprechend dem Parteienproporz ausreichend an der Koalitionsregierung zu beteiligen, einigten sich die Koalitionäre quasi in letzter Minute auf ein gesondertes Ministerium für die Marshallplan-Hilfe. Nachdem das Wirtschafts- und das Finanzressort bereits vergeben waren, konnte Blücher sich für dieses Ministerium ohne klassisches Vorbild erwärmen, da es der besonderen Bedeutung des amerikanischen ERP-Hilfsprogramms für Europa, an dem Westdeutschland beteiligt wurde, Rechnung trug. Einen Tag vor der Kanzlerwahl am 14.9.1949 erklärte Adenauer vor dem CDU/CSU-Fraktionsvorstand: »Nun schien erneut der Zeitpunkt gekommen zu sein, Herrn Blücher den Posten des stellvertretenden Kanzlers und zugleich ERP-Ministers anzubieten. Besonders Prof. Erhard setzte sich sehr warm für die Persönlichkeit des Herrn Blücher ein.«⁵² Herbert Blankenhorn, zu dieser Zeit Adenauers persönlicher Referent, vermerkte in seinem Tagebuch zu den Koalitionsverhandlungen: »Blücher ist über ein Angebot Adenauers, ein ERP-Ministerium zu übernehmen, erfreut.«⁵³ Geradezu euphorisch äußerte Blücher sich denn auch über diese Offerte im Fraktionsvorstand seiner Partei. Seine vermeintliche Ämterfülle und Machtbefugnisse als Bundesminister für Angelegenheiten des Marshallplans und Vizekanzler, so erhoffte er sich, berge ein enormes Entwicklungspotential. Er habe darin, wie es in den Memoiren Erich Mendes heißt, »ein weites, besonders in die europäische Wirtschaftspolitik und in die deutsch-amerikanischen Beziehungen hineinreichendes Sachgebiet von großer Entwicklungsaussicht« gesehen.⁵⁴ Ins Kalkül seiner Ansprache zog er zudem das Alter des Kanzlers, der Anfang 1950 mit inzwischen 74 Jahren über kurz oder lang eine Kraft an seiner Seite brauche, die für ihn zwischenzeitlich einspringen könne. So habe er in dieser Sitzung auch davon gesprochen, dass hieraus der Anspruch auf die Besetzung eines künftigen Außenministeriums erwachsen würde. Der Industrielle Albrecht Freiherr von Rechenberg aus Köln, schärfster innerparteilicher Gegner Blüchers in diesen Jahren, hielt hingegen das Marshallplan-Ministerium für »kein richtiges Ministerium, allenfalls eine Abteilung für das Wirtschaftsministerium oder das spätere Auswärtige Amt«.⁵⁵

Die Stellvertretung des Bundeskanzlers ist in Art. 69 Abs. 1 GG mit den dünnen Worten geregelt: »Der Bundeskanzler ernennt einen Bundesminister zu seinem Stellvertreter.« Im Grundgesetz war keine Festlegung auf den Kompetenzbereich des Vizekanzlers getroffen worden. Die Verfassungswirklichkeit

51 FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher, Sitzungsprotokolle 1949-1954. Bearb. von Udo Wengst, Düsseldorf 1990, S. 69f.

52 U. Wengst, Auftakt (wie Anm. 50), S. 414.

53 Herbert Blankenhorn: Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979, Frankfurt a.M. 1979, Eintragung vom 9.9.1949, S. 55.

54 Erich Mende: Die neue Freiheit 1945-1961, Berlin/München 1961, S. 118.

55 ebd.

stellte sich dann ganz anders dar, als Blücher sie sich vorgestellt hatte. Adenauers Vitalität war vollkommen unterschätzt worden. Blücher musste sehr schnell erkennen, dass er als Stellvertreter kaum zum Zuge kam. Dass mit der Stellvertretung nicht gleich auch die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers einherging, vermochte Adenauer zu verhindern. Blücher trat somit nur in kurzen Intervallen, im Verhinderungsfall, so bei Krankheit, Auslandsreisen oder als Urlaubsvertretung das Amt des Vizekanzlers an. Bei längerer Abwesenheit im Urlaub, wie im Sommer 1950 auf dem Bürgenstock (Schweiz) und später bei seinen Aufenthalten auf der Bühlerhöhe, nahm Adenauer ein kleines Büro mit.⁵⁶ Der Geschäftsverteilungsplan des Bundes vom 20.2.1950 sah im BMM⁵⁷ neben dem Ministerbüro noch ein Büro für den Stellvertreter des Bundeskanzlers vor. Vorgesehen waren danach ein Referent, ein Sachbearbeiter und eine Sekretärin. Bereits zwei Monate später – mit Stand vom 15.4.1950 – sah der revidierte Plan für das Büro des Vizekanzlers nur noch eine Sachbearbeiterstelle vor.

Im April 1950 war hingegen der Posten des Staatssekretärs mit dem CDU-Politiker Walther Gase⁵⁸ besetzt worden, den Blücher wohl aus Gründen des Parteienproporz und gleichsam als ›Aufpasser‹ zugewiesen bekam. Das Arbeitsverhältnis zu seinem Staatssekretär muss von Anfang an als belastet gewertet werden. Beide verkehrten in kürzester Zeit nur noch schriftlich miteinander, so dass Gase bereits zwei Jahre später wieder das Haus verließ. Die Nachfolgeregelung erwies sich als schwierig und langwierig. Der vakante Staatssekretärsposten wurde erst zwei Jahre später – für das inzwischen neu organisierte »Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit« – wieder besetzt. Allerdings muss diese Nachbesetzung als symptomatisch für den schwindenden Einfluss des Ministeriums gewertet werden. Hans Georg Dahlgrün⁵⁹, amtierender Präsident des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz, übernahm zusätzlich zu seiner Tätigkeit am Dienstsitz Speyer in Bonn den Geschäftsbereich im BMZ.⁶⁰

- 56 Adenauer an Blücher, 12.7.1950: »In Anbetracht der außerordentlich gespannten Lage, sehe ich mich jedoch leider nicht in der Lage, wie ich es gerne getan hätte, mich während dieser Zeit ganz von den Regierungsgeschäften zurückzuziehen.«, in: Adenauer Briefe 1949-1951, S. 247f.
- 57 Bundesministerium für Angelegenheiten des Marshallplans, BMM (zwischenzeitlich gab es auch das Kürzel BMP).
- 58 Walther Ernst Gase (1901-1991) in den dreißiger Jahren im Reichsfinanz- und Reichsarbeitsministerium, 1947-1950 Ministerialdirigent im hessischen Finanzministerium, 1950-1952 Staatssekretär im Marshallplan-Ministerium. Siehe auch: Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951-1953 bearb. v. Klaus Gotto u.a., Düsseldorf 1989, S. 32f..
- 59 Hans Georg Dahlgrün (1901-1974), 1952-1958 Präsident des Landesrechnungshofs, 1959-1968 Präsident der Zentralbank des Landes Rheinland-Pfalz. Vgl. Konrad Adenauer und Theodor Heuss: Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren, Rhöndorfer Ausgabe hrsg. v. H. P. Mensing, S. 169 u. 428.
- 60 Im Organigramm des Ministeriums war unter Dahlgrüns Namen in den Folgejahren das Kürzel »m.d.W.d.G.b.« (mit der Wahrnehmung des Geschäftsbereichs beauftragt) ver-

Eng vertrauter Mitarbeiter in den ersten Jahren im Ministerium war Karl Albrecht, so dass Blücher die Staatssekretärsebene häufig ausgelassen hatte und direkt mit seinem Abteilungsleiter II konferierte. Blüchers Amtssitz befand sich zunächst eine Etage über dem Kanzleramt im Museum Koenig. Ab Sommer 1950 war das Bundesministerium für Angelegenheiten des Marshallplans im repräsentativen Anwesen »Haus Carstanjen«⁶¹ untergebracht. Blüchers anfänglich freudiger Optimismus im Hinblick auf das Entwicklungspotential seiner Ämter als Minister und Vizekanzler wich nun einer fortwährenden Ernüchterung.⁶² Diese Einsicht wurde jedoch zunächst von einer Reihe drängender aktueller Aufgaben im Zusammenhang mit dem Marshallplan überlagert. Zu erwähnen ist hier sein Auftritt als deutscher Vertreter im Ministerrang und Vizekanzler bei der Organization for European Economic Cooperation (OEEC) in Paris am 31.10.1949. Anlässlich des offiziellen Beitrags der jungen Bundesrepublik in die Organisation der Teilnehmerländer am Marshallplan traf Blücher hier mit den Außenministern mehrerer europäischer Staaten zusammen. Des Weiteren war Blüchers Ministerium federführend am Abkommen mit den Vereinigten Staaten vom 15.12.1949 zur Fortsetzung der Marshallplan-Hilfe befasst. Zu Konsultationen über die Verwendung der Hilfsgelder aus dem European Recovery Program reiste Blücher im Februar 1950 nach Washington.⁶³ Seine Auslandsreisen wurden insbesondere von seinen Parteifreunden und der ausländischen Presse als erfolgreiche Missionen gewürdigt.

Auch als FDP-Bundesvorsitzender reüssierte Blücher in den ersten Gründerjahren der Republik bei seinen Parteifreunden. Kurz vor dem Düsseldorfer Bundesparteitag 1950, der den bisherigen geschäftsführenden Vorsitzenden offiziell in seinem Amt bestätigen sollte, hatte der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Friedrich Middelhauve⁶⁴ die Richtung der Partei vorgegeben: »Wir alle wissen, dass der neue Vorsitzende nur *Blücher* sein kann.« Einschränkend fügte er jedoch hinzu: »Wir alle wissen, dass die Gesamtpartei in eine Führungshand kommen muss, die sich auch Zeit nehmen kann. Ich meine, wenn wir jemand finden könnten, der nicht durch irgendwelche anderen Ämter belastet ist, wäre das für uns in Bezug auf die Neuwahlen eine sehr

merkt. Blücher hatte im Schreiben vom 8.10.1954 an Ministerpräsident Peter Altmeier um den Zusatz unter dem Namen gebeten. BArch, N 1080, 286, Bl. 85.

61 Haus Carstanjen, schlossartiges, neogotisches Anwesen, erbaut von Wilhelm A. von Carstanjen (1825-1900), mit großer Parkanlage am Rhein.

62 Erich Mende resümierte: »Franz Blücher hat an der Position des Vizekanzlers wenig Freude gehabt.«, vgl. ders., Die neue Freiheit (wie Anm. 54), S. 118.

63 Zu den Aufenthalten in Paris und Washington vgl. Werner Bührer: Auftritt in Paris. Der Marshallplan und die deutsche Rückkehr auf die internationale Bühne 1948/49, in: VfZ 36 (1988), S. 529-556; Unterlagen zur Amerikareise, BArch, N 1080, 148.

64 Friedrich Middelhauve (1896-1966), Verleger und Buchhändler, 1946-1956 Vorsitzender des FDP-Landesverbandes, 1952-1956 stv. FDP-Bundesvorsitzender.

gute Lösung.«⁶⁵ Eine andere personelle Lösung war aber nicht ernsthaft in Betracht gezogen worden. Die Doppelbelastung von Minister- und Parteiamt wurde Blücher anfangs nicht nachteilig ausgelegt. Auch wenn Blücher öfters über die Arbeitsfülle klagte, die seine Leistungsfähigkeit vollends forderte, war er nicht abgeneigt, weitere Aufgaben zu übernehmen, konnten sie nur sein Gewicht in der Bundespolitik mehren. Zu seinen Tätigkeiten reihten sich auch noch die des deutschen Vertreters bei der Internationalen Ruhrbehörde (1949-1951), die Oberaufsicht über die Londoner Schuldenkonferenz (1952/53) seitens der Bundesregierung sowie die Leitung des Kabinettsausschusses für Wirtschaft (1951-1957) und des Ministerausschusses für die Sozialreform (1955) ein.

Das wichtigste Diskussionsforum für die politische Willensbildung der Liberalen, die Formulierung gemeinsamer strategischer Ziele für die Vorsitzenden der Landesverbände und andere Führungskräfte bildete seit Anfang 1949 – zwischen den Parteitagen – der Bundesvorstand.⁶⁶ Dieses oberste Gremium leitete Franz Blücher von seinem Selbstverständnis her weitgehend als primus inter pares. Er praktizierte in den Führungsgremien einen kooperativen Führungsstil, verstand sich als Moderator zwischen unterschiedlichen Interessen. Sein pragmatischer Politikstil insgesamt wurde als unaufgeregter, sachorientiert, angenehm empfunden. Autorität und Anerkennung seiner Person beruhten in erster Linie auf der allgemeinen Einschätzung, dass ein Finanz- und Wirtschaftsexperte der richtige Mann für den wirtschaftlichen Neuanfang sei. Der Aufbau des neuen Staatswesens zog zunächst eine überbordende Fülle von Themen und Entscheidungen nach sich. In den partiinternen Diskussionen standen daher Lösungsansätze zur Bewältigung der Nachkriegsprobleme, Forderungen nach einer Generalamnestie, Fragen zum Besatzungsstatut, zur Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in die Gesellschaft, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur Demontage oder Reaktionen auf den Korea-Konflikt im Mittelpunkt.

Die seit Heppenheim in der Partei bestehenden latenten Spannungen zwischen dem national-liberalen und dem liberal-demokratischen Parteiflügel konnten vorerst unterdrückt werden. Prominente Freie Demokraten, die zur Führungsriege der Partei gehörten, akzeptierten weitgehend den Führungsanspruch ihres Parteivorsitzenden. Mit Ernst Mayer als Bundesgeschäftsführer⁶⁷, ehemals »die rechte Hand« von Theodor Heuss, hatte Blücher einen markanten, umtriebigen Vertreter der südwestdeutschen Liberalen in die Parteiarbeit mit

65 U. Wengst, FDP-Bundesvorstand, Sitzungsprotokolle (wie Anm. 51), Middelhauve am 28.4.1950, S. 82, Anm. 3.

66 ebd.

67 Ernst Mayer (1901-1952) war auf dem Heppenheimer Gründungsparteitag unerwartet nicht in den Vorstand gewählt worden. 1950-1952 Bundesgeschäftsführer der FDP.

einbinden können. Mit dem Franken Thomas Dehler, seinem Kollegen am Kabinettstisch als Justizminister, verband ihn anfänglich ein freundschaftlich-geschäftliches Verhältnis. Im Bundesvorstand trat er in den ersten beiden Jahren eher gemäßigt auf.

Auch wenn das freundschaftliche Verhältnis zu Theodor Heuss fortbestand und sich hin und wieder die Gelegenheit für ein Gespräch am Rande von offiziellen Anlässen ergab, konnte und wollte Heuss aufgrund seines Amtsverständnisses zunächst keinen Einfluss mehr auf die FDP nehmen. Zu Beginn seiner Präsidentschaft hatte er gegenüber Blücher schriftlich seine strikte parteipolische Neutralität beteuert: »Das Amt, in das ich vom Schicksal gestellt wurde, hat der unmittelbaren Teilnahme an den parteipolitischen Beratungen und Entscheidungen ein Ende gesetzt... Das Amt gehört keiner Partei, sondern dem Staate und der vaterländischen Gemeinschaft.«⁶⁸ Seitdem verliefen die Kontakte Blüchers zum Bundespräsidenten vorwiegend über Manfred Klaiber.⁶⁹ Diesem übermittelte Blücher am 7.9.1951 eine nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Aufzeichnung mit parteiinternen Angelegenheiten, in der er sich auch mit der verfassungsrechtlichen Stellung des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers befasste.⁷⁰ Blücher hätte es demnach begrüßt, wenn Thomas Dehler und Max Becker im Parlamentarischen Rat sich bei der verfassungsrechtlichen Ausgestaltung des Präsidentenamtes nach amerikanischem Vorbild stärker hätten durchsetzen können. Blücher sprach sich vor allem für umfassendere Kompetenzen des Staatsoberhauptes bei der Organisationsgewalt von Bundesregierung und Ministerien aus. Richtig verstandene Demokratie lebe, wie er hierin schrieb, von »Spannung und Kontrolle«. Dem Bundespräsidenten müsse ein stärkeres Gegengewicht zum Amt des Bundeskanzlers zukommen, dessen Machtbefugnisse reduziert werden müssten. Jedoch beschäftigten ihn dabei nicht die Gefahren einer zu starken Stellung des Bundeskanzlers. Die Gefahr gehe vielmehr von einem schwachen Regierungschef aus, der letztlich nur der Handlanger der Mehrheit der stärksten Partei sei, so dass die notwendige Spannung zwischen Regierung und Parlament nicht mehr gegeben sei. Aufs Ganze gesehen bestehe das Wesen der Demokratie »auf dem Recht auf die Äußerung einer eigenen politischen Meinung«. Demnach müssten Minister sich aktiv an den aktuellen politischen Diskussionen beteiligen dürfen, Gesamtverantwortung mittragen und keine »Trappisten« sein.⁷¹ Georg Vogel, gelegentlich Mittelsmann zwischen BMM und Bundespräsidialamt, greift Blüchers Überlegungen rückblickend in sei-

68 Heuss an Blücher, 28.4.1950, BArch, N 1221, 63.

69 Manfred Klaiber (1903-1981), 1949-1957 Chef des Bundespräsidialamtes.

70 Schreiben Blüchers an Manfred Klaiber vom 7.9.1951, BArch, B 122, 31270, Bl. 127-144.

71 ebd., Bl. 130, 135 und Udo Wengst: Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948-1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1984, S. 279.

nen Erinnerungen auf: »Wenn das Grundgesetz an einer Stelle eine fundamentale Fehllösung getroffen habe, so sei dies bei der Ausstattung des Bundespräsidenten mit verfassungsrechtlichen Vollmachten der Fall. Das Staatsoberhaupt besitze, das war Minister Blüchers Meinung, nur Prärogativen in äußerlichen Dingen, dagegen zu wenig politische Macht. Dadurch habe sich das traditionelle Kräfteverhältnis an der Spitze des Staates und der Regierung in Deutschland verzerrt. Es fehle in der Bundesrepublik an einem natürlichen Spannungsverhältnis zwischen Staatsoberhaupt und Regierungschef, das sie beide im Gleichgewicht halte.«⁷² Zu Blüchers Ankündigung, seitens der FDP eine Expertise zur Ausgestaltung der verfassungsrechtlichen Kompetenzen des Bundespräsidenten in Auftrag geben zu wollen, ist es jedoch nicht mehr gekommen.

III.

Dass Adenauer im Zuge der ersten Revision des Besatzungsstatuts am 13.3.1951 kurzerhand das Außenministerium selbst übernahm, musste für Blücher das Ende von insgeheim gehegten Hoffnungen bedeuten. Mit dem Sprung vom BMM ins neu zu gründende Auswärtige Amt hätte er seine Position in der Bundesregierung und seiner Partei maßgeblich stärken können, zumal mit Auslaufen der Hilfsgelder aus dem European Recovery Program Ende Juni 1952 die Existenzberechtigung für sein Ministerium nicht mehr ohne weiteres gegeben war. Einen knappen Monat vorher nun, am 16.2.1951, wurde von Adenauer am Rande der Kabinettssitzung die Einrichtung eines koordinierenden Kabinettsausschusses für Wirtschaft in Erwägung gezogen.⁷³ Die zeitliche Nähe war wohl nicht ganz zufällig gewählt. Adenauer wertete damit Blüchers Position am Kabinetttisch auf und konnte dessen Unmut über das entgangene Außenministerium abfedern. Dass er mit der Leitung des Kabinettsausschusses seinen Vizekanzler betraute, wurde zunächst auch als Affront gegen Erhard gewertet. Erhard entrüstete sich seinerseits über den Vorschlag, dass sein Kabinettskollege Blücher einen Kabinettsausschuss für Wirtschaft leiten sollte. Einen Koordinierungsausschuss für alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung hatte er selbst bereits im November 1949 gefordert. Dies musste daher Erhards Misstrauen erregen und Ängste vor einer Übervorteilung seines Rivalen hervorrufen. An Adenauer schrieb er daher erbost, dass er Blüchers Beauftragung »zu einer Art Koordinierungsminister sowohl aus staats- wie aus parteipolitischen

72 G. Vogel, Diplomat (wie Anm. 10), S. 170.

73 Die Kabinettspfotokolle der Bundesregierung. Der Kabinettsausschuss für Wirtschaft, 1951-1953, Bd. 1 bearb. v. Ulrich Enders, München 1999, S. 20.

Gründen unter keinen Umständen zustimmen« könne. Eine Zumutung war für ihn der Vorschlag, »den Chef eines nebengeordneten Ressorts sozusagen zum Überminister zu ernennen«.⁷⁴ Adenauer konnte ihn daraufhin beruhigen, dass er selbst den Vorsitz übernehmen werde.⁷⁵ De facto leitete jedoch die Ausschusssitzungen fortwährend der Vizekanzler. Alles in allem muss die Einrichtung des Kabinettsausschusses für Wirtschaft als ein geschickter Schachzug Adenauers gewertet werden zu einem Zeitpunkt, als Erhard im Zuge des Koreakrieges um sein politisches Überleben kämpfte und Blücher sich Hoffnungen auf den Posten des Außenministers gemacht hatte.

Seinem Unmut machte Blücher mit ungewohnter Deutlichkeit in der Bundesvorstandssitzung der FDP am 1.4.1951 Luft: »Zum Thema Adenauer: Meine Herren, Sie sehen es richtig und verkehrt in einem. Er ist Meister, was die Dinge im Großen betrifft. Wodurch er sündigt, ist, dass er zuviel selbst machen will... Es ist bekannt, dass ich immer gesagt habe, man kann nicht den Außenminister spielen, wenn man Kanzler ist: einmal würde der Kanzler den Außenminister desavouieren und umgekehrt. Ich muss diese Sache zu meinem eigenen Schutz vortragen. Als das Thema Blücher: Außenminister ventiliert wurde, ging ein Krieg gegen mich los. Man griff mich an meiner persönlichen Ehre persönlich an: Ich gefährdete das Ansehen usw.«⁷⁶ Ähnliche Kritik hatte auch August-Martin Euler in der Sitzung geäußert: »Wenn wir nachdrückliche Gegner der Personalunion zwischen Kanzler und Außenminister gewesen sind, dann deshalb, weil Dinge, die einer schnellen Bearbeitung bedurften, in der Entscheidung ungeheuer verzögert wurden. Schuld liegt auch im Parlament, da wir noch nicht die Parlamentsreform haben.«⁷⁷ In derselben Bundesvorstandssitzung beklagte Blücher sich ebenfalls über seinen Kabinettskollegen Erhard, was er in der Öffentlichkeit bisher vermieden hatte: »Zu Erhard: Es ist nicht richtig, nur weil er die drei oder vier Obersätze, die wir über unsere Politik stellen, bejaht, ihm deswegen einen Freibrief für ein allgemeines Nichtstun zu geben. Denn das ist es, worunter wir leiden. Es führt dazu, dass es nicht ein Wirtschaftsministerium gibt, sondern viele. Ich bin nicht derjenige, der sagt: ›Weg mit Erhard!‹ Es würde das eintreten, was schon oft in Fällen eingetreten ist, dass wir nicht wüssten, wen wir an seiner Stelle anbieten.«⁷⁸ An anderer Stelle seiner Anklage heißt es: »Warum hat

74 Schreiben Erhard an Adenauer, 2.3.1951, Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, III 11.02.

75 Schreiben Adenauer an Erhard, 4.3.1951, in: Korea-Krise, S. 283.

76 U. Wengst, FDP-Bundesvorstand, Sitzungsprotokolle (wie Anm. 51), S. 199. Blücher wurde eine Frauenaffäre in Paris nachgesagt. Nach den Memoiren Gustav A. Sonnenhols: Untergang oder Übergang? Versuch einer Deutung erlebter Geschichte, Stuttgart 1984, S. 130, Mitarbeiter Blüchers im Ministerium, soll der französische Botschafter André-François Poncet den Bundeskanzler auf diese Affäre brieflich hingewiesen haben. Blücher sei daher auch 1955 für das Außenministeramt nicht in Frage gekommen.

77 ebd., S. 198.

78 ebd.

Erhard nichts getan? Seine Tragödie ist die eines Künstlers, der wegen eines ihm einmal gelungenen Werkes tot gelobt wird und dann nichts mehr tut. Er bringt jedes Opfer, um sich zu halten und daher dieses Nicht-Mitsprechen im Kabinett auch letzthin bei den Fragen der Umsatz- und Körperschaftssteuer ... Er ist von einem unbändigen Willen getragen, den wir uns nutzbar machen sollten. Er will auf diesem Posten bleiben, da er überzeugt ist, dass es gut geht. Dieses unbedingte »an dem Platz Haften« sollten wir uns nutzbar machen.«⁷⁹

Unwillen über Blüchers Amtsführung als FDP-Bundesvorsitzender keimte erst im Jahr 1952 auf. Das programmatische Defizit ließ die unterschwelligen Flügelkämpfe zwischen nationalliberaler und (links-)liberaldemokratischer Richtung, wie sie bereits seit dem Heppenheimer Gründungsparteitag latent vorhanden waren, an Schärfe zunehmen. Bisher hatte Blücher die noch von Heuss im Juni 1949 durchgesetzte »Bremer Wahlplattform«⁸⁰ als Parteigrundlage übernommen. Der Vorstoß für ein Parteiprogramm, das nationale »Deutsche Programm«, ging Mitte 1952 vom Landesverband Nordrhein-Westfalen aus. Beantwortet wurde dieses Papier vom Hamburger Landesverband mit dem so genannten »Liberalen Manifest«, einem liberaldemokratischen Gegenentwurf. Blücher war noch am 29.9.1952 im Bundesvorstand bemüht, die Geschlossenheit der Partei durch ein gemeinsames Liberalismusverständnis zu wahren: »Wir werden ohne jeden Zweifel viel mehr Wert darauf legen müssen, unsere eigene Stellung zu profilieren. Mir liegt nicht so viel daran, dass das Wort Liberalismus zwanzigmal vorkommt, aber Liberalismus der Tat muss zum Ausdruck kommen. Erwähnt muss werden unsere selbstverständliche Haltung gegenüber der Gewissensfreiheit des einzelnen, auch muss die Verbindung zwischen liberal und sozial deutlich werden, das heißt: soziale Haltung, sonst sind wir keine Liberalen mehr.«⁸¹ Blücher ging auf die innere Zerrissenheit der Partei zunächst nicht ein; er versuchte vielmehr durch Pragmatismus und praktische Lösungskompetenz zu überzeugen. War ein Parteiprogramm bislang nicht zustande gekommen, erreichte es der Hauptausschuss der Partei im Juli 1952 immerhin, ein Sozialprogramm zu verabschieden. Die Partei bekannte sich hierin zur »sozial verpflichteten Marktwirtschaft als der geeigneten Wirtschaftsform für eine Neuordnung unseres sozialen Lebens.«⁸²

Der Bundesparteitag in Bad Ems im November 1952 sollte nun die lang erhoffte Programmentscheidung bringen. Hier war nun Blüchers Führungs-

79 ebd., S. 200.

80 Es handelte sich hierbei um praktische Leitsätze als Wahlplattform für die erste Bundestagswahl zur Überwindung der Nachkriegsprobleme.

81 U. Wengst, FDP-Bundesvorstand, Sitzungsprotokolle (wie Anm. 51), S. 499.

82 Abdruck des Sozialprogramms vom 5.7.1952, in: Jörg Michael Gutscher: Die Entwicklung der FDP von ihren Anfängen bis 1961, Königstein 1984, S. 295-307.

kraft und die Vorgabe für einen Richtungsentscheid gefragt. Den erwarteten Durchbruch schaffte Blüchers Rede vom 20.11.1952 in Bad Ems hingegen nicht. Seine Rede, die über eine allgemeine Bestandsaufnahme zur Situation der FDP nicht hinauskam, schloss mit den Worten: »Ich weiß, dass meine Worte unvollständig sind; ich weiß, dass sie gehalten und manchen von Ihnen zu maßvoll sind. Aber ich hoffe, dass Sie alle erfüllt sind von dem Bewusstsein der Pflicht, die auf unsere Schultern gelegt ist.«⁸³ Für den Bundestagswahlkampf 1953 beschränkte man sich schließlich auf eine aus 14 auf dem Lübecker Parteitag vom Juni 1953 gehaltenen Referaten der Parteispitze bestehende Plattform. Diese wurde von den Parteitagsdelegierten als gemeinsames Wahlprogramm zusammengefasst und beschlossen.⁸⁴

Unruhe wurde 1952 auch durch die Koalitionsbildung von FDP/DVP mit den Sozialdemokraten im neuen Südweststaat Baden-Württemberg unter Reinhold Maier in die Partei getragen. Noch im Bundestagswahlkampf 1949 hatte sich Blücher vehement gegen jede Art der Zusammenarbeit mit der SPD ausgesprochen. So verwundert es nicht, dass er einen außerordentlichen Parteitag zur Klärung der Koalitionsfrage für erforderlich hielt, der im Juli 1952 in Essen stattfand. Gegen sein Amtsverständnis als Bundespräsident schaltete sich nun Theodor Heuss ein und schrieb an Blücher nach Essen, dass ihm ein außerordentlicher Parteitag zur Beratung über die Koalitionsfrage in Baden-Württemberg als eine »in den Konsequenzen schier unmögliche Sache« erscheine. »Gerade unsere Partei darf nicht damit beginnen wollen, Scherbengerichte zu errichten, bei denen der Angeklagte mit Recht die Unzuständigkeit des Richters feststellt.«⁸⁵ Reinhold Maier konnte trotz massiver Kritik an der Koalition mit der SPD sich letztlich mit seiner politischen Linie durchsetzen und den Essener Sonderparteitag als persönlichen Erfolg verbuchen.

Anfang 1953 verstärkte die »Naumann-Affäre«⁸⁶ die Parteikrise. Blüchers Rolle wurde, was den Informationsfluss in der Krise betraf und die Konsequenzen, die für die Partei daraus zu ziehen waren, als nicht ganz durchsichtig kritisiert und schwächte zusätzlich seine Position.

An Friedrich Middelhauve, den Vorsitzenden des Landesverbandes NRW, musste Blücher ein Jahr später rückblickend zugeben: »Es ist richtig, dass die Partei sich bereits seit März 1952 in einer politischen Stagnation befindet.

83 Franz Blücher: Der politische Standort und die Ziele der Freien Demokratischen Partei hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle, Bonn 1952, S. 34.

84 U. Wengst, FDP-Bundesvorstand, Sitzungsprotokolle (wie Anm. 51), S. XLII u. 1091, Anm.12; ADL, Bestand Bundesparteitage, Signatur A 1-50; archiviert als PDF-Dokument, Signatur INS-193.

85 Heuss an Blücher, 31.5.1952, BArch, N 1080, 278, Bl. 76.

86 Den Unterwanderungsversuch der FDP durch rechtsnationale Kreise unter Werner Naumann (ehem. Staatssekretär in Goebbels' Propagandaministerium) unterband der britische Geheimdienst mit einer Verhaftungsaktion am 15.1.1953. Vgl. Manfred Jenke: Verschwörung von rechts? Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945, Berlin 1961, S. 161-179.

Niemand hat wohl häufig genug robuster versucht, auf die Notwendigkeit konkreter politischer Arbeit hinzuweisen und hat es schmerzlicher bedauert als ich, dass immer wieder Störungen erfolgen, die im Wesentlichen die eine Ursache hatten, dass eine übermäßige Selbständigkeit beansprucht wird, oder dass man in der Öffentlichkeit Äußerungen mit dem Willen tut, hinter ihnen den Willen der Partei anzuseigen oder die Partei in eine bestimmte Richtung zu führen.⁸⁷ Das Auseinanderklaffen der Parteiflügel war nicht mehr zu kaschieren. Die Bundestagswahl vom 6.10.1953 schließlich brachte der FDP Verluste in Höhe von 2%, die von den Liberalen als unverdiente Niederlage empfunden wurden. Um einer offenen Konfrontation und Machtfrage innerhalb der Partei aus dem Wege zu gehen, kandidierte Blücher nicht mehr für den Parteivorsitz auf dem Wiesbadener Bundesparteitag im März 1954. Ohne Gegenkandidat wurde Thomas Dehler gewählt, der nun den Fraktions- und Parteivorsitz in Personalunion innehatte. Mit dem neuen Hoffnungsträger wurde die Partei jedoch keineswegs in ruhigeres Fahrwasser gelenkt. Unter Dehler befasste sich die FDP jedoch weniger mit einem liberalen Programm als vordringlich mit deutschland- und außenpolitischen Fragen. Die Frage der Wiedervereinigung sollte zentrales Thema werden, danach sollten die außenpolitischen Vorgaben der Bundesregierung überprüft werden. Blüchers Votum für die Ratifizierung des Saarstatuts im Zusammenhang mit den Pariser Verträgen am 27.2.1955 im Bundestag verschlechterte weiter das inzwischen schwer angeschlagene Verhältnis zu Dehler. Er hatte sich damit als einziger FDP-Abgeordneter über den Fraktionsbeschluss hinweggesetzt und bereits am Folgetag bei Adenauer um seine Demission gebeten. Dieser lehnte jedoch das Rücktrittsgesuch⁸⁸ ab. Blücher hatte sich damit ins außenpolitische Lager Adenauers und in die innerparteiliche Opposition zum FDP-Vorsitzenden gebracht.

Dehlers fortwährender harscher Kritik am außenpolitischen Kurs Adenauers, die dieser teilweise auch ohne Abstimmung mit den Parteigremien vortrug, begegnete die Union mit dem Wiederaufleben der Wahlrechtsdiskussion ab Dezember 1955. Mit dem sogenannten »Grabenwahlssystem«, das mit einer stärkeren Trennung von Direktmandaten und Landeslisten bei der nächsten Bundestagswahl für die FDP offenkundig Nachteile bedeutet hätte, sollte der kleinere Koalitionspartner gleichsam diszipliniert werden. Die Koalitionskrise verschärfte sich weiter, als mit Wissen der FDP-Führung der Landesver-

87 Blücher an Friedrich Middelhauve im Schreiben vom 22.3.1953, BArch, N 1080, 256, Bl. 121 u. ADL, A3-78.

88 »Mit Ihrem Schreiben vom 28. Februar stellten Sie mir Ihr Amt zur Verfügung. Ich habe mich nicht entschließen können, Ihr Schreiben dem Bundespräsidenten vorzulegen, da ich ... der Ansicht bin, dass Ihr Verbleiben in der Bundesregierung notwendig ist, und ich der Überzeugung bin, dass gerade in den nächsten Jahren Ihre Arbeit in der Regierung noch stärkere Bedeutung haben wird als bisher«, Adenauer an Blücher, 4.4.1955, in: Adenauer Briefe 1953-1955 (wie Anm. 12), S. 261f.

band NRW eine Koalition mit der SPD einging und die Regierung Karl Arnold stürzte, wodurch sich die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat veränderten. Als Reaktion darauf verließen Blücher, die drei anderen FDP- Bundesminister und weitere zwölf Abgeordnete die liberale Fraktion. Als »Demokratische Arbeitsgemeinschaft« konnten sie weiter als Fraktion des Bundesstages firmieren. Nach dem Würzburger Bundesparteitag am 20./21.4.1956 – die Wiederwahl Dehlers zum FDP-Bundesvorsitzenden wäre fast gescheitert – war der Bruch zwischen Blücher mit seinen Parteigängern und Dehler irreversibel.⁸⁹ Am 23.4.1956 gründeten sie als neue Partei die »Freie Volkspartei«, die im wesentlichen Adenauers Außenpolitik weiter unterstützte. Am 20.1.1957 fusionierte sie mit der DP⁹⁰ und erlangte bei der Bundestagswahl vom 15.9.1957 insgesamt 3,4 % der Wählerstimmen.

Aufs Ganze gesehen konzentrierte sich Blücher im zweiten Kabinett Adenauer als »Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit«⁹¹ auf seinen Zuständigkeitsbereich und die OEEC. Er befasste sich vor allem mit Fragen der Handelsbeziehungen zum außereuropäischen Wirtschaftsraum. Seine Indienreise im Januar 1956 und die Reise nach Pakistan im März 1957, beide Länder besuchte er als erster westdeutscher Regierungsvertreter, können als Höhepunkte seiner zweiten Amtszeit gesehen werden.⁹²

Nach der Bundestagswahl 1957, die den Christdemokraten die absolute Mehrheit im Parlament brachte, schied er aus dem Kabinett Adenauer aus. Als Direktkandidat für den Wahlkreis Göttingen-Münden behielt er für die DP/FVP sein Bundestagsmandat bis Februar 1958.

Im Januar 1958 übernahm er in Luxemburg das Amt des Vizepräsidenten der Hohen Behörde der Montanunion. Fern vom Bonner Regierungsalltag fühlte er sich aufs Abstellgleis gesetzt. Am 26.3.1959, zwei Tage nach seinem 63. Geburtstag, starb Franz Blücher nach kurzer Krankheit in Bad Godesberg. Auf der Trauerfeier in Blüchers Heimatstadt Essen würdigte Vizekanzler Ludwig Erhard namens der Bundesregierung die Verdienste seines früheren Kabinettskollegen.⁹³

89 Hierzu ausführlich: Udo Wengst: Thomas Dehler 1897-1967. Eine politische Biographie, München 1997, S. 235-306.

90 Siehe Anm. 32.

91 Einer Aufwertung des Ministeriums mit mehr außenwirtschaftlicher Kompetenz hatten sich die Minister Erhard und von Brentano energisch widersetzt.

92 Im Gespräch vom 23.1.1956 mit Heuss vertrat Adenauer die Auffassung, dass Blücher »seine Sache in Indien sehr gut und mit viel Takt« gemacht habe. Vgl. Konrad Adenauer und Theodor Heuss, Unter vier Augen (wie Anm. 59), S. 193.

93 Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 2.4.1959, »Ein treuer Soldat der europäischen Einigung«. Blüchers Witwe Paula, geb. Grosse-Frie, dankte Erhard am 18.5.1959 »für die Worte warmer menschlicher Teilnahme ... und für den freundschaftlichen Geist, aus dem heraus Sie seine Arbeit und Leistung würdigten.«, vgl. Ludwig-Erhard-Stiftung, NE I.4, 37.

IV.

In seiner Edition »Auftakt zur Ära Adenauer« resümiert Udo Wengst: »Sehr schnell stellte sich jedoch heraus, dass Blücher in den Wochen der Koalitions- und Regierungsbildung den Gipfelpunkt seiner Machtstellung erreicht hatte; sein Einfluss in der Bonner Politik ging von nun an ständig zurück, und Adenauer setzte sich ihm gegenüber in jeder Beziehung durch.«⁹⁴ Es gilt meines Erachtens, dieses recht negative Urteil im Hinblick auf die Gesamtheit des politischen Wirkens Blüchers zu modifizieren und einen anderen Phasenverlauf zu skizzieren. Betrachtet man seine Karriere nicht nur unter dem reinen Machtaspekt, so erreichte er den Gipfelpunkt seines beruflichen Erfolges im Frühjahr 1951. Dass Adenauer kurzerhand das Außenministerium im März 1951 selbst übernahm, musste Blücher schmerzlich zur Kenntnis nehmen, denn er hatte sich hier große Chancen ausgerechnet. Gleichwohl vertrat er als Vizekanzler die Bundesregierung mehrfach im Ausland, vor allem bei der OEEC in Paris.

In der FDP war bis zu diesem Zeitpunkt sein Führungsanspruch unangefochten. Erst 1952 führte das programmatische Defizit zu Richtungskämpfen in der Partei. Obgleich Blücher den Zusammenhalt der Partei wahren konnte, gelang es ihm aber nicht, die FDP auf einen einheitlichen Kurs nach vorn zu bringen. Zwischen den Parteivorsitzenden Theodor Heuss und Thomas Dehler hatte Blücher sich vor allem als Wirtschafts- und Finanzfachmann behauptet. Seine Verdienste liegen vor allem in der zügigen Einbeziehung Westdeutschlands in den europäischen Integrationsprozess. Dass ihm kein nachhaltiger Erfolg als Parteipolitiker beschieden war, wird damit zu erklären sein, dass er stets in hohem Maße an der Sache orientiert war, es ihm aber an politischem Machtinstinkt und an Durchsetzungsfähigkeit mangelte.

94 U. Wengst, Auftakt (wie Anm. 50), S. XXXV, ebenso: D. van Laak, Franz Blücher (wie Anm. 14), S. 121.

Heuss und das Amt des Bundespräsidenten*

»Am Anfang war Heuss« – folgen wir in unserer Sektion dieser Sentenz, kommt einem natürlich das ominöse Diktum Arnulf Barings in den Sinn – »Im Anfang war Adenauer«¹ –, das bei allen Zweifeln und jedem Widerspruch wenigstens im Alphabet seine Bestätigung findet. Dass aber gerade der Adenauerforschung, als Herausforderung und Ansporn, Alternativen und Kontrastbegriffe ausgesprochen gut bekommen, zeigt manch ein Arbeitsergebnis der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, sowohl bei den »Rhöndorfer Gesprächen« als auch in der »Rhöndorfer Ausgabe«, in der 1989 und 1997 die beiden Heuss-Adenauer-Editionen erscheinen konnten: »Unserem Vaterlande zugute« und »Unter vier Augen«².

Bei der Personalisierung des Gründungsjahrzehnts wird in Zukunft jedoch mehr noch als bisher die Frage zu beantworten sein, die Theodor Heuss in seinen »Bemerkungen zur Bundespräsidenten-Frage« vom Jahreswechsel 1958/59 stellte: »Ist denn die ›bürgerliche Demokratie‹ in der Bundesrepublik nur auf diese beiden Namen Adenauer und Heuss gestellt?«³

Wer Zeitgeschichte gerne farbig mag – facettenreich und mit ein wenig Feuilleton –, wer auch ihre eher undankbaren Themen, wenn es etwa um Ämter und Organisationsstrukturen in der jungen Bundesrepublik geht, locker angehen und aufgelockert darstellen will, wer also Lust auf griffige Formeln und pointierte Formulierungen hat: Der tut gut daran, sich am ersten Bundespräsidenten zu orientieren. Das gilt auch für unser heutiges Thema, für *sein* Thema: Heuss und das Amt des Bundespräsidenten.

Das Amt einzuüben und es auszuüben, ihm von der allerersten Stunde an – bei aller Ungewissheit künftiger Entwicklungen – stilsicher, stilprägend seine gültige Gestalt zu geben und dafür mit einprägsamen Prädikaten die Definitio-

* Der Beitrag folgt auch in der Druckfassung weitgehend unverändert der Vortragsform.

1 Arnulf Baring: Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, München-Wien 1969, S. 1; als Taschenbuch unter dem Titel: Im Anfang war Adenauer: Die Entstehung der Kanzlerdemokratie, 3. Aufl. München 1984.

2 Heuss-Adenauer. »Unserem Vaterlande zugute«: Der Briefwechsel 1948-1963; Adenauer-Heuss. Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949-1959, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1989 und 1997.

3 Nach dem Erstabdruck in: Konrad Adenauer: Erinnerungen 1955-1959, Stuttgart 1965-1968, S. 483-490, hier S. 485; auch in: »Unserem Vaterlande zugute« (wie Anm. 2), S. 262-269, hier S. 264.